

Schutz für Beschäftigte weiter stärken

6.7.2026 - | Deutscher Städte- und Gemeindebund

Nach der tödlichen Gewalttat in Stade fordert der DStGB mehr Schutz für Beschäftigte im öffentlichen Dienst sowie eine konsequente und zügige Strafverfolgung von Angriffen.

Die Gewalttat in Stade, die sechs Menschenleben forderte, erschüttert uns zutiefst. Unser ausdrücklicher Dank gilt allen Helfern vor Ort sowie allen, die sich jeden Tag in entsprechenden Einrichtungen für Kinder und Jugendliche einsetzen. Unsere Gedanken sind bei den Angehörigen der Opfer, den Verletzten sowie bei allen, die sich vor Ort in Stade engagiert haben.

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst ist immer ein Angriff auf den Staat insgesamt. Neben dem Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist es von besonderer Bedeutung, dass Angriffe auf Beschäftigte auch durch die Justiz geahndet werden. Daher ist es aus unserer Sicht dringend erforderlich, die Justiz so auszustatten, dass solche Fälle schnell verhandelt werden.

Die Kommunen als Arbeitgeber haben auf die Entwicklung mit verschiedenen Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten reagiert. Außentermine in bestimmten Fällen werden nur zu zweit wahrgenommen, Schulungen gegen psychische und physische Gewalt werden angeboten, an den Arbeitsplätzen in den Rathäusern gibt es Zugangskontrollen und Notfallknöpfe. Darüber hinaus werden private Sicherheitsdienste in den Rathäusern und kommunalen Liegenschaften eingesetzt. Für Mitarbeiter, insbesondere des kommunalen Ordnungsdienstes, werden Stichschutzwesten angeschafft. Der furchtbare Vorfall in Stade unterstreicht dennoch einmal mehr, dass wir Sicherheitsvorkehrungen und -konzepte regelmäßig überprüfen und auf aktuelle Entwicklungen reagieren müssen.

<https://www.dstgb.de/themen/sicherheit/aktuelles/schutz-fuer-beschaeftigte-weiter-staerken>